



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ludolfusstraße 2-4 · 60487 Frankfurt am Main

An den
Hessischen Ministerpräsidenten
Herrn Volker Bouffier
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn Straße 1
65183 Wiesbaden

**Geschäfts- und
Beratungsstelle Frankfurt**

Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt | Main

Fon +49 69 / 713 756 - 0

Fax +49 69 / 7 07 50 92

frankfurt@verband-binationaler.de

www.frankfurt.verband-binationaler.de

- OFFENER BRIEF -

18. September 2018

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Hessen wenden wir uns an Sie als Landesvorsitzenden der CDU Hessen und als stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschland.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat die Migration „als Mutter aller politischen Probleme in Deutschland“ bezeichnet. Fast jede*r dritte Bürger*in in Hessen und die Hälfte aller Frankfurter*innen haben Migrationsgeschichte. Ein großer Teil dieser Menschen fühlt sich durch die aktuellen Aussagen des Innenministers verunsichert, diffamiert und ausgegrenzt.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften vertritt, berät und unterstützt seit über 40 Jahren Menschen mit Migrationsgeschichte und deren Familien. Im Namen unserer Mitglieder, Ratsuchenden und deren Familien bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihren Wähler*innen die Position der hessischen Union zur Migrations- und Integrationspolitik sowie zu den Äußerungen des Bundesinnenministers darzulegen.

Unsere Mitglieder sind ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft und gestalten das wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben maßgeblich mit. Viele leben mit ihren Familien bereits seit Generationen in Deutschland. Diese Menschen fragen uns, wie ein Bundesinnenminister, der sowohl für die Integration von Zugewanderten als auch für die Sicherheit aller Menschen in Deutschland verantwortlich ist, derartige Aussagen vornehmen kann. Es bestehen bereits große Sorgen und Ängste angesichts der zunehmenden rassistisch motivierten Straftaten in Deutschland und auch in Hessen. Diese Übergriffe treffen auch deutsche Staatsbürger*innen mit dunkler Hautfarbe oder einem zugeschriebenen „muslimischen“ Aussehen.



verband binationaler
familien und partnerschaften

Undifferenzierte Aussagen, die Migrant*innen als Problem und nicht als Teil der Gesellschaft darstellen, erregen Ärgernis und verstärken die Sorgen und Ängste dieser Bevölkerungsgruppe. Schützt der Rechtsstaat wirklich alle Menschen in Deutschland, wenn jede*r Fünfte durch den Bundesinnenminister als Problem markiert wird? Für die Menschen, die wir vertreten, ist es wichtig zu wissen, ob sie selbst sowie ihre Bürger*innen- und Menschenrechte in Deutschland anerkannt und geschützt werden.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde im Bereich der Integration auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft bereits viel erreicht. Nun erkennen viele unserer Mitglieder einen Rückfall statt weiterer Fortschritte.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihrer Antwort sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin

Alexandros Stathopoulos, Geschäftsführer Geschäftsstelle Frankfurt